

»Wir hatten dann wirklich die Nase voll«

Proteste gegen die rassistische Gewalt im Anschluss an die Morde in Solingen

Fabian Virchow

»Bei dem Brandanschlag in Solingen an Pfingsten 1993 wurden fünf Türkinnen ermordet. Ihm folgten tagelange Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und türkischen Gruppen.« So knapp und irreführend hieß es im März 1994 – knapp zehn Monate nach dem rassistisch motivierten Anschlag auf das Wohnhaus der Familie Genç – im Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993 (Bericht der Beauftragten 1994: 42).¹ Tatsächlich hatte es nach den Morden in Solingen,² die sich in eine lange Reihe der rassistischen Gewalttaten seit den 1980er Jahren einordnen, bundesweit Protestaktionen gegeben, die sich in ihrer Zahl und Durchführung von vorhergehenden Protesten unterschieden. Hiervon handelt der folgende Text.

Proteste

Die Proteste in Solingen begannen nur wenige Stunden nach dem Anschlag.³ Am frühen Nachmittag des Pfingstsonntags demonstrierten etwa 2000 Menschen in der Innenstadt; ein nachfolgender Trauermarsch versammelte zunächst 4000, dann 5000 Teilnehmende – vor allem aus dem antifaschistischen Spektrum und der deutsch-türkischen Wohnbevölkerung. Ein Teil der Demonstrierenden zog am späten Nachmittag zur Brandruine in der Unteren Wernerstraße. Es kam zu ersten

-
- 1 Der Wikipedia-Eintrag zu den Berichten der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration verlinkt zu einer Fassung des Berichts, der nicht textidentisch mit der Drucksache ist.
 - 2 Bei dem Brandanschlag verloren Mevlüde und Durmuş Genç ihre Töchter Hatice Genç (18) und Gürsün İnce (27), Kâmil und Hatice Genç ihre beiden Töchter Hülya (9) und Saime (4) Genç. İdris und Şehri Öztürk haben ihre Tochter Gülüstan Öztürk (12) verloren.
 - 3 Die Rekonstruktion der Ereignisse erfolgt vor allem auf Grundlage von Presseberichten sowie des Berichts im Ausschuss für öffentliche Verwaltung des Landtags von Nordrhein-Westfalen vom 7. Juni 1993 (Ausschuß für Innere Verwaltung 1993a).

Straßenblockaden, deren Symbolik vor allem darin lag, dass nach diesen Morden ein »Weiter so« nicht akzeptabel sei. Das Auftreten von Innenminister Rudolf Seiters, der aus Bonn mit dem Hubschrauber eingeflogen wurde, wurde von vielen Protestierenden als Provokation empfunden, da dieser in der Asylfrage eine harte Haltung vertreten und sich dabei auch rassistischer Stereotype bedient hatte. Von der Unteren Wernerstraße zog ein Demonstrationszug wieder in die Solinger Innenstadt. Auf dem Weg dorthin warfen Teilnehmer*innen einige Fensterscheiben bei der Ausländerbehörde sowie der Deutschen Bank ein.

Dieses Ansinnen stand auch im Mittelpunkt der in der Nacht zum Sonntag beginnenden temporären Blockaden von Autobahnen, insbesondere auf der A 3 in Richtung Köln in Höhe des Rasthofs »Ohligser Heide« sowie der A 46 bzw. der zentralen Verkehrsachse durch Solingen – dem Schlagbaum. Auf der A 3 löste sich eine Blockade auf, nachdem der Forderung nachgegeben wurde, eine Erklärung im Fernsehen abgeben zu können. Am Solinger Schlagbaum begann am Sonntagabend eine ca. 500-köpfige Sitzblockade, die vor allem von Menschen mit migrantischer Familiengeschichte getragen wurde und sich um mehrere Feuer versammelte, die u.a. aus Holz, alten Sofas und Autoreifen errichtet worden waren. Von den deutsch-türkischen Jugendlichen wurden religiöse Symbole gezeigt und die türkische Nationalhymne wurde gesungen. An anderer Stelle riefen Menschen Anti-Nazi-Parolen. Am Rande der Blockade kam es im Verlauf der Nacht zu erheblichen Sachbeschädigungen, insbesondere zur Zerstörung von Schaufensterscheiben. Polizeifahrzeuge wurden mit Flaschen und Steinen beworfen. Die Polizeieinheiten waren durch Angehörige des Spezialeinsatzkommandos verstärkt worden, die insbesondere Festnahmen durchführen sollten.

Am Pfingstmontag fanden erneut Protestversammlungen (mit jeweils bis zu 400 Beteiligten) und Autokorsos in Solingen statt. Erneut kam es an der Kreuzung Schlagbaum zu Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei, die inzwischen auch durch Einheiten der GSG 9 verstärkt worden war. Im Laufe der Woche trafen zudem Polizeieinheiten aus mehreren Bundesländern sowie des Bundes ein. Den Versuch des Innenministeriums in NRW, durch die Steigerung der Zahl der eingesetzten Polizist*innen und den Einsatz von Spezialeinheiten die Proteste unter Kontrolle zu bringen, kommentierte eine Gruppe mit dem Namen »Büro für Ungewöhnliche Maßnahmen« in einem Flugblatt vom 1. Juni 1993 ironisierend wie folgt: »Sie haben ihre Polizei, um Autobahnen zu räumen, und ihre Feuerwehr, um brennende Barrikaden auf Straßenkreuzungen zu löschen. Sie werden »unnachgiebig Plünderer und Randalierer verfolgen«. Sie können natürlich nicht überall sein, wenn AusländerInnen bedroht werden« (BUM! 1993). Und mit Blick auf die eingeschlagenen Scheiben hieß es: »Ja, es trifft womöglich die Falschen. Der Solinger Ladenbesitzer, dessen Scheiben eingeworfen wurden, ist vermutlich kein Nazisympathisant. Ob ihn vielleicht ein kleines Solidaritätsplakat im Schaufenster verschont hätte? Ob die Wut der Opfer sich andere Ziele gesucht hätte, wenn nicht

eine Handvoll, sondern zwanzigtausend deutsche Solinger Bürger mit den Opfern demonstriert hätten?»

Am 3. Juni fanden die Trauerfeierlichkeiten in Solingen sowie in Köln-Ehrenfeld statt. Der Forderung, Bundespräsident Richard von Weizsäcker möge bei dieser Gelegenheit verkünden, er verweigere die Unterschrift unter das Gesetz zur Änderung des Art. 16 GG (Offener Brief 1993), kam dieser jedoch nicht nach.

Für den 5. Juni hatte ein Solinger Bündnis auf Initiative des Solinger Appells zu einer friedlichen Großdemonstration aufgerufen. Zu den unterstützenden Gruppen gehörten nicht nur der Flüchtlingsrat NRW, die Gewerkschaft ÖTV Solingen, der Bundesvorstand der IG Medien, sondern auch der Gesprächskreis türkischer Frauen aus Solingen, der Türkische Volksverein Solingen e. V. sowie die Föderation demokratischer Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e. V. (DIDF). Der Aufruf hob unter anderem hervor, dass es keine Einzeltäter gebe, kritisierte aber auch die wenige Tage zuvor im Bundestag beschlossene weitgehende Beschneidung des Asylrechts und forderte die sofortige Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft sowie des aktiven Wahlrechts für alle in Deutschland lebenden Menschen (Flugblatt 1993).

An der Demonstration nahmen etwa 15.000 Menschen teil. Eine ca. 300-köpfige Gruppe türkischer Nationalist*innen und Rechtsextremist*innen trat gewaltsam auf; bei der polizeilichen Durchsuchung der Gruppe wurden Schlag- und Stichwaffen sowie Gas- und Schreckschusswaffen gefunden. War es in den ersten Tagen nach den Morden noch gelungen, Nazi-Gewalt und rassistische Migrationspolitik öffentlich zum Thema zu machen, so waren zu diesem Zeitpunkt jedoch »die Randal« und die Sachbeschädigungen in den Vordergrund der Berichterstattung sowie der öffentlichen Debatte gerückt.

Weniger sichtbar (gemacht) wurden ein Streik deutsch-türkischer Eltern aus Solingen, deren Kinder aus Angst und Protest nicht zur Schule geschickt wurden, sowie Streiks deutsch-türkischer Arbeiter*innen in Solinger Betrieben. Bundesweit kam es zu Solidaritätsaktionen. In Hamburg demonstrierten beispielsweise am Abend des 29. Mai etwa 1300 Menschen, denen sich zahlreiche Taxifahrer*innen anschlossen. In den Folgetagen wurden auch dort Autobahnauffahrten blockiert. Am 2. Juni beteiligten sich in der Hansestadt viele von türkischen Inhaber*innen geführte Geschäfte an den Ladenschließungen. In vielen Großstädten kam es täglich zu Demonstrationen mit jeweils mehreren Tausend Protestierenden.

In einem Flugblatt, das von einem Bündnis antifaschistischer Gruppen 1998 anlässlich des fünften Jahrestages des Brandanschlags verteilt wurde, hieß es u.a. »Der Brandanschlag in Solingen löste eine bis dahin nicht erlebte Gegenwehr der türkischen Menschen in Deutschland aus, die trotz des Einflusses türkischer Rechtsextremisten auch ein Fanal gesetzt hat.« Weiter hieß es dort: »Solingen ist zwar nur ein Ort von vielen, an denen der zu neuen Kräften gekommene faschistische Terror wütete. Aber Solingen ist ein Ort, der auch zum Synonym für den Widerstand von

»Ausländerinnen« und Deutschen gegen die Rechtsentwicklung der Bundesrepublik geworden ist.« (Flugblatt 1998)

Motivationen

An den Protesten hatten sich auch türkische Faschist*innen beteiligt und die Konfrontation sowohl mit der Polizei als auch mit Antifaschist*innen gesucht. Insbesondere von linken türkischen Organisationen war jedoch schon länger auf die neonazistischen Aktivitäten, rassistische Gewalt und strukturelle rassistische Diskriminierung hingewiesen worden. Beispielsweise hatte die DIDF im Herbst 1992 zu einem europaweiten Marsch für gleiche Rechte sowie gegen Rassismus und Faschismus aufgerufen (vgl. Aufruf 1992).

Gegen die rassistische Gewalt, die sich bereits in den 1980er-Jahren an zahlreichen Orten in Form von nächtlichen Brandanschlägen, Überfällen und physischen Angriffen gezeigt hatte, gab es zum Teil erhebliche Proteste. Beispielsweise demonstrierten wenige Wochen, nachdem am 24. Dezember 1985 in Hamburg *Ramazan Avci* an den Folgen schwerer Gewalt seitens neonazistischer Skinheads starb, 15.000 Menschen gegen Rassismus und rechte Gewalt (vgl. Speit 2020). Gleichwohl gelang es nicht, bundesweit und kontinuierlich eine wirksame Front gegen die rassistische Gewalt und strukturellen Rassismus zu bilden. In der Wahrnehmung großer Teile der türkischen Wohnbevölkerung blieben der vielfach auftretende aggressive Rassismus und die rechten Gewalttaten ohne durchgreifende Konsequenzen seitens des deutschen Staates – erst wenige Monate vor den Morden von Solingen waren in Mölln in der Nacht zum 23. November 1992 bei Brandanschlägen auf zwei von türkeistämmigen Familien bewohnte Häuser drei Menschen getötet und neun schwer verletzt worden. Man sah sich diesen Gewalttaten schutzlos ausgeliefert.

Dies haben auch Teilnehmer*innen der Proteste in Solingen Ende Mai/Anfang Juni 1993 formuliert.⁴ Die Sichtweise auf die Ereignisse ähnelt sich dabei sehr, sie verbindet Erfahrungen von Diskriminierung, verweigerter Anerkennung, Nichtwahrnehmung und offen rassistisch motivierter rechter Gewalt. »Wir hatten in Solingen öfter Stress mit jungen Nazis; die wollten uns vertreiben. Wenn dann die Polizei kam, waren aber meist wir als Türken die, die die Papiere zeigen mussten

4 Die folgenden Zitate stammen aus Interviews, die ich im Frühjahr 2022 mit vier Männern führen konnte, die alle eine familiäre Migrationserfahrung aus der Türkei nach Deutschland haben und sich an den Protesten in/um Solingen beteiligt haben. Auf Wunsch der Gesprächspartner werden nur die Namenskürzel verwendet: Hamza, A. – geb. 1962, damaliger Wohnort Wuppertal, Interview am 14. Mai 2022; Kaya, A. – geb. 1975, damaliger Wohnort Solingen, Interview am 10. Mai 2022; Mehmet, T. – geb. 1943, damaliger Wohnort Solingen, Interview am 24. April 2022; Amir, Ö. – geb. 1966, damaliger Wohnort Hilden, Interview am 30. April 2022.

oder mitgenommen wurden auf die Wache« (Hamza, A., 12:13-12:24). Amir Ö. erinnert sich, dass es in seiner Familie und im Freundeskreis sehr genau zur Kenntnis genommen wurde, wenn über Aktivitäten von Nazis berichtet wurde oder es in der Umgebung zu rassistischen Gewalttaten kam: »Das fand ich einfach nur skandalös, wenn der Bürgermeister in Solingen immer so getan hat, als gäbe es das Problem in der Stadt gar nicht.«⁵ Für die Gesprächspartner stehen nicht zuletzt die Kampfsportschule »Hak Pao« und deren Leiter Bernd Schmitt stellvertretend sowohl für neonazistische Strukturen und die von diesen ausgehende Gefahr als auch für die Verharmlosung solcher Aktivitäten durch staatliche Stellen: »Ich erinnere mich, dass der Imam uns mal darauf angesprochen hat und wir ihm gesagt haben, dass wir die Umgebung meiden, vor allem halt in den Abendstunden« (Mehmut, T., 8:32-8:43).

Aus verschiedenen biografischen Perspektiven – Vater, Bruder, Sohn – berichten die Interviewten darüber, wie in den Familien mit strukturellem Rassismus, Alltagsrassismus und rechter Gewalt umgegangen worden sei. Dominant war dabei lange eine Art des Umgangs, bei der es darum ging, nicht aufzufallen und keinen »Anlass« für negative Äußerungen zu geben oder einen Vorwand für rassistisches (Gewalt-)Handeln zu bieten. »Meine Eltern haben mich wiederholt gemahnt, dass ich fremdenfeindliche Sprüche nicht beachten soll; darauf auch nicht reagiere« (Kaya, A., 10:01-10:08). Bereits der Anschlag in Mölln habe aber dazu geführt, dass in der deutsch-türkischen Wohnbevölkerung Schutzmaßnahmen ergriffen wurden – vielfach wurde in Kleidung geschlafen, um sich im Fall eines nächtlichen Brandanschlags rasch in Sicherheit bringen zu können; andere haben sich in unterschiedlicher Weise bewaffnet – in der Erwartung und Hoffnung, Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. »Wir haben dann im Freundes- und Familienkreis tatsächlich auch über die Möglichkeiten diskutiert, wie wir uns angemessen wehren können« (Amir, Ö., 22:10-22:17). Die Erwartung, die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland würden effektiv zum Schutz von Geflüchteten und Eingewanderten beitragen, hat sich zunehmend als Illusion erwiesen. Mit den nächtlichen Morden von Solingen war dann eine Schwelle erreicht, wo eine wachsende Zahl von Deutsch-Türk*innen ihrer Enttäuschung und ihrer Wut für einen kurzen Moment freien Lauf gelassen haben. Zwei der Befragten haben sich in den Tagen nach den Morden auch an Gewalt gegen Sachen bzw. an Blockadeaktionen auf Autobahnen beteiligt. »Wir waren so verzweifelt und wütend. Es konnte doch nicht sein, dass diese Anschläge und Gewalt immer weitergehen. Wir wollten irgendwie deutlich machen, dass es so nicht weitergehen kann. Der alltägliche Ablauf sollte

5 Für einen ersten Überblick zu rassistischer Gewalt in Solingen vgl. Re_Struct/IDA-NRW (2022): »Da war doch was!« – Der Brandanschlag in Solingen 1993. Rassismuskritische schulische und außerschulische Bildungsmaterialien zum rassistischen und extrem rechten Brandanschlag in Solingen. Düsseldorf: IDA-NRW, S. 76–77, sowie o. V. 1993.

zumindest ein wenig gestört werden. Die Blockaden schienen uns ein recht einfach zu machendes Mittel zu sein« (Mehmut, T., 14:12-14:33). Auch die Beschädigung von Ampelanlagen, an denen sich Kaya A. beteiligte, sollte diesem Zweck dienen: »Wir hatten dann wirklich die Nase voll. Wir haben uns so viel gefallen lassen, aber wir sind immer wieder angegriffen und schikaniert worden. Nach den Toten von Mölln nun auch noch Solingen. Das war zu viel« (Kaya A., 12:55-13:09). Auch die – fast ritualisiert wirkenden Äußerungen von Politiker*innen – wurden kritisch bewertet, fast als Zynismus angesehen: »Immer nach solchen Anschlägen wurde von Entsetzen, Scham, Trauer, Abscheu und so ähnlich geredet, aber das ist nichts wert, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, die solche Gewalt beenden«, erklärte Hamza A. (5:03-5:24). Tief in Erinnerung geblieben ist auch, dass in der medialen Berichterstattung das Thema Rassismus und rechte Gewalt rasch zurückgetreten ist und nun vor allem über die Gewalt bei den nachfolgenden Demonstrationen berichtet wurde.⁶ »Für viele, die ich kenne, war das eine Ablenkung von dem, was wirklich wichtig war – die Nazi-Gewalt und der Rassismus. Manche haben auch vermutet, dass die Polizei das zugelassen hat, damit es Schlechtes zu berichten gibt« (Amir, Ö., 17:03-17:13).

Auch wenn die Interviewten unterschiedlichen Generationen zugehörig sind und sie im Frühjahr 1993 unterschiedlich lange in Deutschland gelebt hatten, so haben sie doch alle kritisiert, dass sie als »Bürger*innen zweiter« bzw. »dritter Klasse« behandelt wurden und ihnen grundlegende demokratische Beteiligungsrechte vorenthalten wurden. »Ich habe lange in einer Gießerei gearbeitet und dabei – wie viele meiner türkischen Kollegen – die schwersten und schmutzigsten Arbeiten machen müssen. Die Gesundheit ist dabei draufgegangen. Aber wählen durfte ich nie« (Mehmut, T., 04:10-04:21). Für die Befragten war die rassistische Gewalt insofern ein Ausdruck eines gesellschaftlich weitverbreiteten Rassismus, der sich im Alltag vielfältig gezeigt hat. Dass sich die Medien nach den Morden um Stellungnahmen und Stimmen der deutsch-türkischen Wohnbevölkerung bemühten, wurde auch als zynisch empfunden: »Müssen erst Menschen sterben, bevor Ihr Euch für unsere Situation interessiert?« (Hamza, A., 06:10-06:16).

Die Proteste in den Tagen nach den Morden von Solingen waren zahlreich⁷ und von sehr großer Wut und Enttäuschung geprägt. Dies erklärt in starkem Maße die Dauer und die Entschiedenheit der Aktionen. So wurde Blockierern des Flughafens Köln/Bonn ein Gespräch angeboten, wenn sie die Aktion beenden würden. Stattdessen machte man aber das Gespräch vor Ort zur Bedingung für einen Abbruch des

6 Das Solinger Tageblatt überschrieb beispielsweise den Artikel am 1. Juni 1993 mit der Schlagzeile »Radikale machen Solingen zu ihrem Schlachtfeld«.

7 Innenminister Schnoor nannte 275 Demonstrationen mit über 150.000 Teilnehmer*innen (vgl. Ausschuss für Innere Verwaltung 1993a, S. 38). Andere Stellen beziehen diese Zahl auf das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Protests. Nachdem Innenminister Schnoor dann zu den Blockierenden gekommen war, löste sich diese Blockade auch auf.

Resonanzen

Betrachtet man die Proteste im Anschluss an die Morde in Solingen, so ist der Einschätzung zuzustimmen, dass sie in Umfang und Entschlossenheit gegenüber anderen Protesten herausgehoben sind. Das Auftreten der Protestierenden war entschlossen und selbstbewusst. In einer Sonderausgabe ihrer Zeitschrift »Tatsachen« schrieb die DIFD unter anderem: »Nein, Herrschaften, Ihre vorgetäuschte Trauer, Ihre Krokodilstränen und Ihr Mitleid brauchen wir nicht! Wir sind auch nicht Ihre *Mitbürger*! Wie sollten wirs auch sein? Sind Sie es nicht, die uns seit Jahrzehnten die einfachsten Bürgerrechte verweigern? [...] Lassen wir sie allein in ihren Lichterketten! Erheben wir unsere Stimme gegen diese Politik, die gegen uns alle gerichtet ist! Verwandeln wir die Schweigemärsche zu Protestmärschen, wo wir unsere Forderungen nach einem gleichberechtigten Zusammenleben von Deutschen und Ausländern« (DIFD 1993, S. 2; Hervorhebungen und Tippfehler im Original) auf die Straße tragen. Dem entsprach weitgehend der Charakter der Aktionen; türkische Rechtsextremist*innen versuchten, von der Empörung, der Wut und der Trauer zu profitieren, indem sie die rassistische Tat als spezifisch »gegen Türk*innen« gerichtete Aktion bezeichneten und – vor allem jungen Männern – einen organisierten Rahmen boten, gewalttätig zu agieren. Im Anschluss versuchten die Unionsparteien, die in Solingen stattgefundenen »Ausschreitungen« für eine schärfere Abschiebepolitik zu instrumentalisieren (Ausschuß für Innere Verwaltung 1993b).

In Solingen selbst stabilisierte sich rund um den Solinger Appell eine systematische Auseinandersetzung mit verschiedenen Facetten von Rassismus und extrem rechten Aktivitäten und Strukturen. Bereits im Dezember 1993 führte der Solinger Appell unter dem Motto »Kein Vergessen – HANDELN!« einen Kongress durch, der mit einem Vortrag von Fatima Hartmann vom Rom e. V. (Köln) eröffnet wurde, in dessen Rahmen auch Vertreter*innen einer Initiative aus Mölln zu Wort kamen und der Zusammenhang von Sexismus und Rassismus diskutiert wurde (vgl. Faltblatt 1993).

Im politischen Feld erkannten manche, dass – auch angesichts eines weiteren Anstiegs rechter Gewalttaten nach den Morden in Solingen – dringender Handlungsbedarf bestand. Nicht nur die im Juni 1993 beginnenden Verbote mehrerer neonazistischer Vereinigungen sollten staatliche Durchsetzungsfähigkeit gegen rassistische Gewaltmilieus demonstrieren. Auch gab es, wenn zum Teil auch nur kurzzeitig, aus unterschiedlichen politischen Lagern – bis in die CDU/CSU –, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Teilen der Zivilgesellschaft die Forderung, dass eine Gleichstellung der deutsch-türkischen Wohnbevölkerung erfolgen müsse. Eine lo-

gistisch von Bündnis 90/Die Grünen unterstützte Unterschriftensammlung für ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren brachte innerhalb weniger Monate über eine Million Unterstützer*innen zusammen. Freilich wurden diese Forderungen in den Folgejahren nicht umgesetzt. Erst mit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes aus dem Jahr 2000 wurde der völkische Grundtenor des entsprechenden Gesetzes aus dem Jahr 1913 modifiziert.

Eder und Stahl (2020) haben daran erinnert, dass die Morde von Solingen den aus der Türkei Eingewanderten und ihren Familien deutlich gemacht haben, dass der vorausgehende Anschlag von Mölln nicht singular war. In Mölln hatten die polizeilichen Ermittlungen den/die Täter zunächst unter den Angehörigen der Opfer vermutet. In Solingen blieb die Rolle eines geheimdienstlichen V-Mannes ungeklärt – beides war nicht dazu geeignet, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken. Im Gegenteil. Zu den Reaktionen eines Teils der in Deutschland lebenden türkeistämmigen Menschen gehörte einerseits eine Rückbesinnung auf Religion und Nation und andererseits eine verstärkte Inanspruchnahme der politischen Partizipationsmöglichkeiten. »Wer die in Teilen der türkeistämmigen Community zu beobachtende Demokratieskepsis verstehen will, die nicht zuletzt in der Euphorie gegenüber Erdoğans Politik zum Ausdruck kommt, wird deren Erfahrungen mit dem deutschen Rechtsstaat und seinen Institutionen ebenso wie die verbale und physische Gewalt näher in den Blick nehmen müssen, mit der viele Deutsche die Teilhabe an diesem Gemeinwesen zu beschränken suchten« (ebd.: 332).

Quellen

- Aufruf zu einem europaweiten Marsch für gleiche Rechte und gegen Rassismus und Faschismus vom 19. September bis zum 2. Oktober 1992, in: *Tatsachen. Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD. e. V. (DIDF) Nr. 13 (Juli/August 1992), S. 4–5.*
- Ausschuß für Innere Verwaltung (1993a): Protokoll der 39. Sitzung (nicht öffentlich). Landtag Nordrhein-Westfalen Ausschussprotokoll 11/918 vom 7. Juni 1993.
- Ausschuß für Innere Verwaltung (1993b): Protokoll der 41. Sitzung (nicht öffentlich). Landtag Nordrhein-Westfalen Ausschussprotokoll 11/961 vom 2. September 1993.
- Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993. Deutscher Bundestag: Drucksache 12/6960 vom 11. März 1994. Bonn/Berlin 1994.
- BUM! – Büro für Ungewöhnliche Maßnahmen (1993): Fluchblatt Nr. 1. Solingen 1993.
- DIDF (1993): *Unsere Wut übertrifft unsere Trauer!*, in: *Tatsachen (Sondernummer)*. Duisburg.
- Faltblatt (1993): *Kein Vergessen – HANDELN!*. Solingen 1993.

- Flugblatt (1993): Dies ist auch unser Land! Kommt zur friedlichen Großdemonstration in Solingen. Solingen 1993.
- Flugblatt (1994): Ein Jahr danach ... Gemeinsam und international – gegen Faschismus und Rassismus. Solingen 1994.
- Flugblatt (1998): Demonstration gegen Naziterror und Rassismus. Solingen 1998.
- Offener Brief von Günter Grass und Peter Rühmkorf an Bundespräsident Richard v. Weizsäcker (1993), abgedruckt in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/1993, S. 897.
- O. V. (1993): Neofaschistische Gruppen in Solingen, in: *Antifaschistische Nachrichten* 12/1993, S. 5.
- Speit, Andreas. 2020. Eine Tat, die politisierte. »die tageszeitung«, 21.12.2020.

Literatur

- Eder, Jacob S./Stahl, Daniel (2020): »In Deutschland herrscht Apartheid«. Solingen, Mölln und der Kampf um politische Partizipation, in: Tim Schanetzky/Tobias, Freimüller/Kristina Meyer/Sybille Steinbacher/Dietmar Süß/Annette Weinke (Hg.): *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen, S. 318–332.

